

Vorhandene Straßen reparieren statt Geld für unsinnige Autobahnen verschleudern!



Otto Brenner Straße – Wilhelmsburg – Kirchdorf – Frühjahr 2010

Kleine Vorgeschichte

Am 18.2.2009 hatte BSU-Senatorin Anja Hajduk (GAL) Ihre Pläne für einen Ausbau (Verdopplung der Breite, Autobahnstandard) und die Verlegung der Wilhelmsburger Reichsstraße um ca. 400m nach Osten an die Bahngleise bekannt gegeben. Das bedeutete deutlich mehr Transitverkehr in unmittelbarer Nähe großer Wohnsiedlungen in Kirchdorf und dem Bahnhofsviertel, wo ca. 10.000 Menschen leben, genau durch die Wilhelmsburger Mitte.

Dies führte zu einer Demo am 4.4.2009 mit ca. 1000 Teilnehmern. Danach begann die Senatorin am 15.6.2009 ein „Kooperatives Beteiligungsverfahren“, das im Wesentlichen einer Autobahnwerbeveranstaltung glich. Das Fehlen einer echten Kooperation und Beteiligung wurde von den beteiligten Bürgervertretern kritisiert, weshalb es auch nicht - wie ursprünglich geplant - zu einem Abschlusskontrakt am 9.11.2009 kam. Während des laufenden Beteiligungsverfahrens einigte sich die Senatorin mit dem scheidenden Staatssekretär Dr. Engelbert Lütke Daldrup im BMVBS über eine Aufteilung der Kosten für die geplante Verlegung der WRS (Wilhelmsburger Reichsstr.) vorbehaltlich der Verfügbarkeit der Haushaltsmittel im Bund sowie der FHH (PM vom 8.10.2009 Pressestelle des Senates). Danach würde der Bund 57,4 Millionen und Hamburg 10,4 Millionen Euro übernehmen.

Am 28. Oktober 2009 übernahm [Peter Ramsauer](#) (CSU) das BMVBS und überreichte Lütke Daldrup am 9. November 2009 die Entlassungsurkunde.

Am 31.10.2009 kam es zur Sperrung der WRS aufgrund eines Demonstrationzuges mit mehr als 2.000 Teilnehmern gegen die Autobahnpläne der GAL Senatorin Anja Hajduk.

Was haben Winterschäden mit der Verlegung der WRS zu tun ?

Verkehrsminister tagen in Bremen - 14.04.2010

Ramsauer sagt Kommunen 100 Millionen Euro Soforthilfe zu

Von Norbert Holst

Bremen. Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) hat seine Bereitschaft bekräftigt, den Ländern eine Soforthilfe für die Beseitigung von Schlaglöchern auf Bundesstraßen zu zahlen. Vor Beginn der Verkehrsministerkonferenz in Bremen sagte Ramsauer der Zeitung "Die Welt" (Mittwoch), die Länder bekämen vom Bund jährlich Milliardensummen, um Autobahnen und Bundesstraßen instand zu halten. "Ich stelle jetzt zusätzlich 100 Millionen Euro für Sofortmaßnahmen bereit - insbesondere für die Beseitigung von Frostschäden." Es sei eine gemeinsame Kraftanstrengung von Bund, Ländern, Städten und Gemeinden nötig.

Der harte Winter hat den Städten und Kommunen viel Geld gekostet. Nun fordern sie finanzielle Hilfen der Bundesregierung. .Bremen. Die Wintermonate hatten es in sich: Eispanzer in Norddeutschland, Räumdienste im Dauereinsatz - dieser Winter wird teuer, teurer als frühere. Manche Kommunen haben für den Winterdienst zehn Mal mehr Geld ausgegeben als geplant. Und jetzt kommt auch noch die Beseitigung der Straßenschäden hinzu. In Niedersachsen sind beispielsweise 30 Prozent der Landesstraßen in Mitleidenschaft gezogen. Bundesweit werden die Kosten für die Reparaturen auf bis zu 2,3 Milliarden Euro geschätzt. Vor der heute in Bremen beginnenden Konferenz der Verkehrsminister von Bund und Ländern haben deshalb die ohnehin klammen Städte und Gemeinden Alarm geschlagen. Sie wollen finanzielle Hilfe aus Berlin.'Seit Jahren ist der kommunale Straßenbau unterfinanziert.

Der harte Winter hat nun schonungslos den desolaten Zustand unserer Straßen sichtbar werden lassen. Bund und Länder müssen mit einem Sonderprogramm zur Rettung der kommunalen Straßen reagieren', fordert der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Gerd Landsberg. Auch Niedersachsens Wirtschaftsminister Jörg Bode (FDP) hat Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) aufgefordert, den Kommunen finanziell unter die Arme zu greifen. Und bei einem Treffen der SPD-Verkehrsexperten aus Bund und Ländern am Montag erklärte der stellvertretende Fraktionschef Florian Pronold: 'Wenn der Bund Geld hat, Steuergeschenke zu machen, dann muss er auch Geld geben, um Schlaglöcher zu stopfen.'

Doch woher soll Ramsauer das Geld nehmen? Eine Idee: Mittel aus dem Konjunkturpaket II, eigentlich für Lärmschutz gedacht, könnten umgelenkt werden. Der Gedanke: Schlaglöcher verursachen, gerade bei Lkw-Verkehr, zusätzlichen Lärm.

Weser-Kurier 14.4.2010

dpa-Meldung 16.4. 2010:

Für die Beseitigung der Winterschäden auf ihren Straßen erhalten die Kommunen kein Geld vom Bund. Bund, Länder und Kommunen müssten jeweils für ihre eigenen Straßen aufkommen, erklärte Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU).

Die Wilhelmsburger Reichsstraße ist eine Bundesstraße (B4/75).

Wer die Verlegung der WRS aufgibt, hat gleich 57,4 Millionen €uro (abzüglich der Brückensanierung über den Ernst August Kanal, wo vermutlich Sanierungsbedarf besteht), mehr zu Verfügung; plus 10,4 Millionen €uro für die Beseitigung der Schlaglöcher und Sanierung der Stadtstraßen.

Die Kostenzusage des Bundes beruhte vor allem auf der angeblichen Sanierungsbedürftigkeit der WRS. Hamburg hat die Mittel angefordert mit der Behauptung, die WRS sei marode, nicht mehr verkehrssicher, also sanierungsbedürftig. Deshalb sollte die Verlegung der WRS auch aus Sanierungsmitteln bezahlt werden. Ein weiterer Grund ist die Entlastung des Geländes für die Internationale Gartenschau 2013.

Beiden Begründungen fehlt mittlerweile die Grundlage:

1. Laut Polizeistatistik gibt es nach dem Bau der Mittelplanke keine Hinweise mehr auf mangelnde Verkehrssicherheit der WRS
2. Eine Verlegung der WRS bis 2013 gilt auch in Insiderkreisen mittlerweile als nicht mehr realisierbar.

Da die Verlegung der WRS aus den SANIERUNGSMitteln bezahlt werden soll, kann und muss man nach dem harten Winter die Sanierungsdringlichkeiten in der Republik insgesamt neu bewerten. Mit der Aufgabe des unsinnigen und vor Ort höchst umstrittenen Ausbaus und einer Verlegung der WRS bekäme man Mittel frei für das Schlaglochsanierungsprogramm. Das Lärmprogramm könnte dann auch für die eigentliche Lärmsanierung beibehalten werden.

Deshalb fordern die Engagierten Wilhelmsburger:

Senatorin Anja Hajduk muss sich von Projekten wie einer zur Autobahn ausgebauten verlegten WRS und der sogenannten „Hafenquerspange“ durch die Wohngebiete im Süden der Elbinsel verabschieden und die eingeplanten Mittel für die Sanierung der städtischen Straßen nutzen.

Kurz gesagt: Wir fordern die Millionen von Euro für die Sanierung der Stadtstraßen zu nutzen anstatt in fragwürdige und ungewollte Autobahnprojekte zu investieren.

Engagierte Wilhelmsburger 16. 4. 2010